

Protokolleintrag vom 20.06.2007

2007/365

Interpellation von Pierino Cerliani (Grüne) vom 20.6.2007: Schindelhäuser an der Nordstrasse, geplante Sanierung

Von Pierino Cerliani (Grüne) ist am 20.6.2007 folgende *Interpellation* eingereicht worden:

Die Stadt plant offenbar, die städtische Siedlung Nordstrasse, die sogenannten „Schindelhäuser“ zu sanieren. Das Vorgehen der Stadt und der Umfang der geplanten Sanierungsmassnahmen werfen einige Fragen von allgemeinem Interesse auf, die zu beantworten der Stadtrat hiemit gebeten wird:

1. Aus welchem Anlass und mit welchem Ziel wurden die gegenwärtig laufenden Planungsarbeiten aufgenommen?
2. Wie wurde dem Umstand, dass die Liegenschaften ursprünglich als Sozialwohnungen konzipiert wurden (und heute noch von vielen Haushalten mit geringem Einkommen bewohnt werden) bei den Sanierungsplänen Rechnung getragen?
3. Hält der Stadtrat es für sinnvoll, dass die mit erheblichen und kaum mit vernünftigem Aufwand behebbaren bauphysikalischen Mängeln (Schall/Wärmedämmung) behafteten Liegenschaften im Sanitärbereich auf das Niveau von gehobenem Mietwohnungsbau gebracht werden sollen (Zentralheizung, Glaskeramikherde etc.) – teilweise sogar mit erheblichen Grundrissveränderungen?
4. Hält der Stadtrat es für sinnvoll, dass ein erheblicher Teil der heutigen MieterInnen die künftigen Mieten nicht mehr wird aus eigener Kraft bezahlen können und droht, sozialhilfeabhängig zu werden, bzw. dass künftig der Mietzuschuss bei heute bereits Sozialhilfebeziehenden erhöht werden muss?
5. Wie gewichtet der Stadtrat den Umstand, dass eine Umfrage unter der durch die Umbaupläne aufgeschreckten Mieterschaft der Schindelhäuser mit über 55% Beteiligung eine Ablehnung der städtischen Pläne mit über 80% der abgegebenen Stimmen erbrachte?
6. Wieso hat hier nicht von Beginn an eine Beteiligung der bekanntermassen streitbaren und im „Schindelhäuserverein“ organisierten Mieterschaft gemäss der im November 2006 publizierten Checkliste für Mitwirkungs- und Beteiligungsprozesse stattgefunden?
7. Wie glaubt der Stadtrat, die umfangreichen Eingriffe in die Bausubstanz der im Inventar der schützenswerten Bauten befindlichen Häuser mit der gesetzlichen Selbstbindung gemäss PBG § 204 in Übereinstimmung bringen zu können? Wie ist der plötzliche Meinungsumschwung bei der Denkmalpflege zu erklären, die offenbar ursprünglich sogar die alten Holzöfen erhalten wollte?
8. Wieso wurden von Liegenschaftsverwaltung und Amt für Hochbauten bislang weder Stadtentwicklung noch Sozialamt über die bevorstehenden Sanierungsmassnahmen an diesem sensiblen Objekt orientiert? Kann damit gerechnet werden, dass die Kommunikation mit diesen betroffenen Stellen nachgeholt wird?
9. Ist der Stadtrat bereit, die geplanten Sanierungsmassnahmen unter Beteiligung der betroffenen Mieterschaft und Prüfung deren Alternativkonzepte sowie evtl. unter Beizug einer entsprechenden Fachperson (Moderation) überarbeiten zu lassen?
10. Wie gedenkt der Stadtrat künftig ähnlich gelagerte Fälle zu behandeln?